

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **40 (1961)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jugend zu Menschen zu erziehen: zu starken, zu kritischem Denken fähigen, der Gemeinschaft verpflichteten Persönlichkeiten. Wir werden nie unser Ziel erreichen, wenn wir nicht die Jugend für die Demokratie reif machen, zu einer Demokratie, wo tatsächlich das Volk zu allen Lebensfragen seine Meinung sagen kann, angefangen von der Mitsprache und Mitverwaltung in der Schule, im Industriebetrieb, in der Gemeinde und im Staat. Wir müssen der Jugend, die nach einem Lebenssinn suchend umherirrt und dabei von Extrem zu Extrem fällt, einen Weg zeigen. Der Sozialismus, als eine Idee, dem die Zukunft offensteht und der auf das Diesseits orientiert ist, kann und muß das Vakuum der bürgerlichen Erziehung ausfüllen. Ohne unsere sehr aktive, zielbewußte Tätigkeit wird sich hier nichts verändern.

Wenn wir Sozialdemokraten unsere Aufgabe wirklich ernst nehmen, dann müßte die Volkserziehung, angefangen bei den Kindern und Jugendlichen, in den Vordergrund gestellt werden. Dann würde der Kampf auf kulturellem Gebiet entscheidend.

Die sozialistische Bewegung ist reich an Forderungen, die Allgemeingut geworden sind. Immer wieder versuchen die bürgerlichen Parteien, nachträglich diese Forderungen für sich zu reklamieren. So wird es auch mit der sozialistischen Erziehung gehen. Denn die sozialistische Erziehung hat mit kleinlicher parteipolitischer Erziehung oder gar mit einer «Verpolitisierung» der Jugend nichts zu tun. Sie macht die Menschen reif für ein Leben in einer Gesellschaft, auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und von Freiheit. Diese Erziehung aber dient ebenso sehr dem Sinn für ein internationales Zusammenleben in einer Weltgemeinschaft gleichberechtigter, freier Völker.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Als Ergebnis jahrzehntelanger Auseinandersetzungen um die Verwirklichung eines gesamtschweizerisch konzipierten *Natur- und Heimatschutzes* hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten den Entwurf eines neuen Verfassungsartikels vorgelegt. Bisher waren allein die Kantone zuständig, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze der Natur und des Landschaftsbildes, zur Erhaltung geschichtlicher Stätten und Kunstdenkmäler zu ergreifen. Die rasche Entwicklung der Technik, die zunehmende Industrialisierung und insbesondere die gesteigerte Landüberbauung zwingen den Bund, sich vermehrt einzuschalten und die Bestrebungen in Richtung des Natur- und Heimatschutzes zielbewußt zu koordinieren. Der neue Verfassungsartikel ent-

spricht in der dicht besiedelten Schweiz einem ganz besonderen Bedürfnis. Die Anliegen der Kreise um den Naturschutz stoßen zwar nicht immer auf ein breites Echo. Grundsätzlich aber sind die Maßnahmen zu begrüßen, die sich die Erhaltung gewisser Landschaftsbilder und Baudenkmäler zum Ziele setzen. Die Rationalisierung und Technisierung unseres Landes ruft nach Ausgleichsmöglichkeiten, die am besten die Natur bietet. Die Bestrebungen zur Förderung des Natur- und Heimatschutzes liegen in der Linie des sozialdemokratischen Parteiprogramms, das sich nicht auf rein wirtschaftliche und soziale Fragen beschränkt, sondern vermehrt auch auf die kulturelle Entwicklung Bezug nimmt. Der Bund soll durch den neuen Artikel der Bundesverfassung vermehrt finanzielle Unterstützung zur Erhaltung schutzwürdiger Landschaften und Kunstdenkmäler von nationaler Bedeutung leisten können. Noch entscheidender scheinen uns die Eingriffsmöglichkeiten im Zusammenhang mit eigenen Bauvorhaben und bei Erteilung von Konzessionen (beispielsweise auch bei den Pipelines). Und schließlich kann er an seine Subventionen gewisse Bedingungen zum Schutze der Natur und des Heimatbildes knüpfen. Der Verfassungsartikel ist umfassend formuliert und wird zweifellos erlauben, die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes zielbewußt zu unterstützen und zu fördern. Der Ständerat hat ihm in der Herbstsession bereits oppositionslos zugestimmt.

Die seinerzeitigen Maßnahmen zur *Förderung des sozialen Wohnungsbaues* haben ein dürftiges Ergebnis gezeitigt, indem statt der vorgesehenen 7500 Wohnungen nur deren 3120 durch Bundesbeiträge gefördert wurden. Trotzdem schlägt der Bundesrat die Weiterführung der Aktion in einer kürzlich erschienenen Botschaft vor. Es ist allerdings zu hoffen, daß die Vollzugsbestimmungen weiter gefaßt werden, damit die Aktion nicht wiederum gehemmt wird. Daran zu glauben, daß die Privatinitiative sich vermehrt dem sozialen Wohnungsbau zuwende, ist allerdings nicht möglich, haben doch die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß industrielle Bauprojekte und teure Wohnungskategorien wegen der besseren Rendite einfach bevorzugt werden. Die Untersuchungen des Bundesrates zeigen denn auch, daß die Wohnungsnot nach wie vor mit aller Schärfe andauert. Die vom Bürgertum gepriesene Lockerung der Mietzinskontrolle hat nicht etwa zu einer Normalisierung des Wohnungsmarktes beigetragen. In der Folge sind neben den Altwohnungen die Neubauten mit gesteigerten Mietzinsen versehen worden. Es ist genau so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben: Die Altmieten steigen und mit ihnen die Neumieten auch! Daran wird auch die Weiterführung der bescheidenen Bundesaktion für den sozialen Wohnungsbau nicht viel ändern können.

Die *Revision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes*, die der Bundesrat vorschlägt, stellt nur eine bescheidene Teilrevision dar, die vor allem die dringendsten Punkte verwirklichen soll, nämlich die Erhöhung der Mindestleistungen der anerkannten Kassen und die notwendige Anpassung der

Bundesbeiträge an die heutigen Verhältnisse. Diese Änderungen des Gesetzes sind mit Rücksicht auf die gewaltige Entwicklung in der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft und die kontinuierliche Teuerung selbstverständlich und müssen rasch verwirklicht werden. Seit Bestehen des KUVG sind jedoch weitere Postulate gestellt worden: obligatorische Kranken- und Mutterschaftsversicherung — Regelung des Ärzterehtes. Weil diese Probleme zu stark umstritten sind, so daß bei ihrer Lösung die Revision zu lange hinausgezögert würde, hat der Bundesrat aus praktischen Überlegungen heraus nun vorerst nur eine «kleine Revision» beantragt. Das hat die Schweizer Ärztesgesellschaft nicht daran gehindert, ihren einseitigen Standpunkt mit Bezug auf das Arztrecht in die Diskussion der ständerätlichen Kommission zu werfen und, um ihre Forderungen nachhaltiger zu unterstreichen, das seinerzeitige Abkommen mit den Bundesbehörden zu kündigen. Das Arztrecht des KUVG ist revisionsbedürftig; darüber besteht kein Zweifel. Dieses heiße Eisen nun aber im Vorstadium der parlamentarischen Beratungen aufzugreifen, scheint gefährlich zu sein. Es wäre leicht möglich, daß damit die geplante Reform verzögert oder überhaupt in Frage gestellt würde. Es ist daher zu hoffen, daß man sich auf die Vorlage des Bundesrates beschränkt, wenn auch gleichzeitig die Vorarbeiten für eine umfassende Revision weitergeführt werden sollen.

Der Nationalrat behandelte in der Herbstsession den Gesetzesentwurf über den *Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag*, nachdem der Ständerat ihn schon früher durchberaten hatte. Der wesentlichste Fortschritt, der in dieser Gesetzgebung verwirklicht werden konnte, liegt in der Festlegung eines Widerrufsrechts. Damit wird dem Mißbrauch, der zum Teil von Vertretern durch alle, aber auch alle Mittel der Beeinflussung geübt wird, ein Riegel geschoben, indem der unerfahrene Käufer sich nachträglich in aller Stille Rechenschaft über das Geschäft geben kann. Bedeutsam für einen vermehrten Sozialschutz ist auch die Bestimmung, wonach eine obligatorische Anzahlung von einem Fünftel des Barkaufspreises zu entrichten und der Vertrag auf die Dauer von 2½ Jahren zu beschränkt ist. Mit diesem Gesetz ist wenigstens ein Anfang gemacht, um Auswüchse auf dem Gebiet des Abzahlungs- und des Vorauszahlungsvertrages zu bekämpfen.

Zur Beratung stand auch das Initiativbegehren der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung. Diese *Atomverbotsinitiative* will in der Verfassung den Grundsatz festhalten, daß die Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen aller Art, wie ihrer integrierenden Bestandteile, im Gebiete der Eidgenossenschaft verboten sind. Um diese Initiative entspann sich eine lebhaftige Diskussion, die wohl auch in der Abstimmungskampagne ihre Fortsetzung finden wird. Den Anhängern der Initiative soll nicht abgesprochen werden, daß sie aus achtenswerten Gründen einen konsequenten Kampf führen. Niemand kann die Augen vor

den gräßlichen Auswirkungen atomarer Waffen verschließen. Es geht aber im Moment gar nicht darum, zu entscheiden, ob die Schweiz Atomwaffen besitzen sollte oder nicht. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hat in Übereinstimmung mit dem Parteitagsbeschuß von Luzern die Initiative abgelehnt. Es geht doch nicht an, daß wir uns jetzt in dieser Frage für alle Zeiten schon zum voraus binden, daß wir jetzt schon in der Verfassung festhalten, daß nie, auch in zwanzig oder mehr Jahren nicht, über die Ausrüstung unserer Armee mit taktischen Atomwaffen in aller Freiheit diskutiert werden könne. Die Entwicklung kann ja gar nicht vorausgesehen werden auf diesem Gebiete. Den richtigen Weg beschreitet die sozialdemokratische Initiative, die den Entscheid über eine allfällige Atombewaffnung in die Hände des Volkes legen will. Dann wird sich unser Volk, wenn sich je diese Frage stellen wird, im schweren Gewissensentscheid, der ein Entscheid über Sein oder Nichtsein, über Freiheit oder Unterdrückung sein kann, auszusprechen haben.

Arthur Schmid

Außenpolitik

Die deutschen Bundestagswahlen vom 17. September brachen die absolute Mehrheit der CDU/CSU, die nur noch 45,3 Prozent der Stimmen gegen 50,2 Prozent im Jahre 1957 erhielt. Die SPD hingegen konnte ihren Stimmenanteil von 31,8 Prozent auf 36,3 Prozent erhöhen; ein schöner Fortschritt, aber trotzdem sicher nicht das Resultat, das sich die SPD erhofft hatte. Die SPD, die diesen Wahlkampf ohne die sogenannten ideologischen Ladenhüter geführt hatte und sich bedingungslos dem Diktat der Meinungsforscher unterworfen hatte, hatte nämlich damit gerechnet, die Mehrheit zu erringen. Das mißlang; die Partei, die Adenauer wieder in den Sattel half, war die Freie Demokratische Partei unter Dr. Erich Mende, die ihren Stimmenanteil von 7,7 Prozent auf 12,7 Prozent erhöhen konnte. Dr. Mende, der seinen Wahlkampf unter dem Motto geführt hatte «Adenauer ist als Bundeskanzler untragbar», beeilte sich, nach dem Wahlgang sofort mit der CDU/CSU Koalitionsverhandlungen zu beginnen, und zwar unter Adenauer! Grundsatztreue scheint in Deutschland nach wie vor ein wenig bekanntes Wort zu sein... Die Regierungsbildung verzögerte sich hingegen um rund sieben Wochen. In dieser Zeit boten die FDP und die CDU/CSU das widerliche Bild zweier um die Ministersessel marktender Händler, denen das Wohlergehen der Bundesrepublik nichts, das Erringen von Ministerposten alles bedeutete. Das widerwärtigste Bild bot in dieser Streiterei unzweifelhaft der 86jährige Dr. Adenauer, der in diesen Wochen wohl auch seinen verblendeten Anhängern klarmachte, was er ist: Ein Machtmensch, der nur

eines im Sinn hat, nämlich wieder Bundeskanzler zu werden. Dieser Hang zur Macht war schon immer die Triebfeder Adenauers, und wer bisher an das politische Verständnis dieses Mannes geglaubt hat, ist hoffentlich davon geheilt. Der Bundestag auf alle Fälle hat ihm eine denkbar schlechte Wiederwahl gewährt: Er blieb bloß acht Stimmen über dem absoluten Mehr! Doch nicht nur Adenauer, auch Erhard, Dr. Mende und weitere «Stützen» der Bundesrepublik zeigten ein bedauerliches Fehlen von Rückgrat und Zivilcourage. Genau die Eigenschaften fehlen also in der deutschen Regierung, die Deutschland in der gegenwärtigen Lage dringend notwendig hätte. Die Koalitionsregierung zwischen CDU und FDP ist denn auch das Musterbeispiel eines faulen Kompromisses. Deutschlands politische Aussichten sind alles andere als rosig. Es gibt aber noch ein Land in Westeuropa, das einer ungewissen Zukunft entgegenseht: Frankreich. Der Algerienkrieg dauert nun schon mehr als sieben Jahre, und er nimmt immer schlimmere Formen an; die Anschläge der OAS (Organisation de l'Armée secrète) und des FLN folgen sich beinahe pausenlos. Die nervös gewordene Polizei weiß sich nicht mehr anders als mit Massenverhaftungen von Algeriern in Paris zu helfen. Diese lassen sich in der Regel widerstandslos verhaften, werden von der Polizei auf eine ganz üble Art mißhandelt, in Lager gesperrt oder praktisch ohne Gepäck nach Algerien abgeschoben, wo sowieso seit einiger Zeit völlig anarchische Zustände herrschen.

Anfangs November erhielt die UNO nach wochenlangem Tauziehen wieder einen Generalsekretär; es ist der Burmese U Thant, der den Platz des knapp nach den Bundestagswahlen im Kongo tödlich abgestürzten Dag Hammarskjöld übernehmen muß. Nichts wäre notwendiger in der jetzigen Zeit als eine wirklich gut funktionierende UNO, und nichts versuchen die Großmächte mehr zu verhindern... U Thant ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden!

Am 31. Oktober ging in Moskau der 22. Parteikongreß zu Ende. Er verlief — wie die westlichen Zeitungen frohlockend kommentierten — nicht in Minne und Harmonie. Vor allem wurde das kleine Albanien vom großen Rußland sehr abgekanzelt. Der Zwerg blieb zwar in der folgenden Pressepolemik — mit Unterstützung der Chinesen — Chruschtschew gegenüber gar nichts schuldig. Ob diese Zänkereien aber ein Zeichen für das Zusammenbrechen des Ostblocks seien, ist überaus fraglich; vielleicht ist diese hitzige Auseinandersetzung auch ein Zeichen der Stärke. Wie an jedem Parteitag, so fielen auch diesmal einige ehemalige Parteigrößen in Ungnade, so vor allem Stalin, der wegen seiner begangenen Verbrechen aus dem Mausoleum entfernt wurde. Auch Molotow ist abgesetzt worden. Während des ganzen Parteikongresses lief die russische Atombombenserie munter weiter, die den Anfall an radioaktivem Schmutz in der Atmosphäre natürlich wieder stark

erhöhte. Sollte die Auswertung der russischen Versuche ergeben, daß Amerikas Vorsprung in der Atomwaffenforschung im Schwinden begriffen ist, so nähme, erklärte Kennedy, Amerika die Versuche in der Atmosphäre ebenfalls wieder auf; allerdings würden nicht so große Bomben zur Explosion gelangen, wie es die Russen getan hätten. Beide Länder erklären zwar, sie hätten genügend Waffen, um die ganze Erde in eine Wüste verwandeln zu können, aber anscheinend ist das noch nicht genug. Erfreulich ist hingegen, daß sich langsam die Bevölkerung der Erde gegen diese sinnlosen Tests aufzulehnen beginnt.

Nach dem Bruch Syriens mit der Vereinigten Arabischen Republik ist Nasser in sich gegangen. Das Ergebnis seines Nachdenkens war ein verschärfter Linkskurs. Moskau, das nichts so sehr fürchtet wie Länder, die auf freiheitlichem Weg zum Sozialismus zu gelangen versuchen oder die es ablehnen, sich ihren Weg von Moskau vorschreiben zu lassen, hat Syrien sofort anerkannt, obwohl dort die Leute jetzt wieder am Ruder sind, denen der Kurs der VAR zu links war, nämlich die Großgrundbesitzer, die höheren Offiziere und die religiösen Führer. Auch die westlichen Länder haben — wenn auch aus anderen Gründen — Syrien anerkannt.

Mord und Totschlag ist weiterhin im Kongo die Parole. Die rivalisierenden Negerstämme metzeln sich gegenseitig hin, die Zentralregierung geht gegen Tschombe vor, beide melden ihren Sieg und die Niederlage des Gegners. Die Aufgabe der UNO-Truppen scheint unlösbar zu sein. Auch haben sie beklagenswerte Opfer zu verzeichnen: 13 italienische Soldaten wurden von meuternden Soldaten bestialisch ermordet.

In Südostasien verschärft sich die Lage von Tag zu Tag. Eine Zeitlang schien es, als gelänge es, in Laos einen Kompromiß zu schließen. Mit dem Aufhören der Regenzeit haben aber auch die Kämpfe wieder begonnen. Ein weiterer Unruheherd ist Südvietnam. Der amerikanische General Taylor hielt sich dort auf, um zu prüfen, ob amerikanische Truppen entsandt werden müßten. Das ist — mindestens für den Augenblick — noch nicht der Fall, doch wurden einige hundert Spezialisten für den Dschungelkrieg entsandt, die die Regierungstruppen für den Kampf gegen die kommunistischen Guerillas schulen sollen. Daß der Kommunismus in Südvietnam Fortschritte machen kann, ist nicht zuletzt dem Diktator Ngo Dinh Diem zu verdanken, der jeden Oppositionellen als Kommunisten einsperren läßt, und der korrupten Oberschicht, die es sich — dank den amerikanischen Geldern — wohl sein läßt.

Auf diese Weise gegen den Kommunismus zu kämpfen, ist natürlich völlig aussichtslos. Das hat auch Amerika unter Kennedy eingesehen; die führenden Leute beginnen umzudenken, und man kann nur hoffen, daß die Resultate dieses Umdenkens nicht zu spät kommen werden. *Marcel Bertschi*